

### Mobilfunk: Weder Planung noch Gesundheits-schutz

Michel Wolter war guter Laune. "Dieses Mobiltelefon", und dabei schwenkte er sein Handy, "strahlt stärker als viele Antennen." Vergaß aber zu erwähnen, dass diese Strahlung nur am Ohr der Telefonierenden auftritt, und sich auf die Dauer des Gespräches beschränkt. Verharmlosung war angesagt bei der Pressekonferenz von Michel Wolter und François Biltgen am vergangenen Dienstag. Die beiden Minister reagierten damit auf die Kritik seitens der Grünen und des Mouvement écologique am Plan sectoriel für Mobilfunkantennen (siehe woxx Nr. 700). Auch den Vorwurf, das Regierungsprojekt sei ein "Plan ohne Plan", versuchte Michel Wolter mit einem Trick zu entkräften. Er zog eine Karte hervor, auf der die exakten Standorte eingezeichnet sind ... leider nur die der bestehenden Antennen. Darüber hinaus sei eine Standort-Planung laut Expertenmeinung technisch nicht machbar, so der Minister.

Zum Hauptkritikpunkt, dem Fehlen gesundheitlicher Kriterien im Plan sectoriel, brachten die Minister keine neuen Argumente vor. Sie betonten, die Bürgermeister könnten Einfluss auf die Antennenstandorte nehmen. Allerdings sei der Gesundheitsschutz ausschließlich Sache der Kommodo-Prozedur, mit dem europaweit strengsten Strahlungs-Grenzwert. Der Haken: Dieser Grenzwert gilt gleichermaßen für Büroräume wie für Kindergärten. Die Regierung stellt sich damit taub gegenüber der Forderung der KritikerInnen, bei der Standortwahl im Sinne des Vorsorgeprinzips differenzierter vorgehen zu können. Und riskiert eine neue Prozesslawine.

### Findel-POS mitten im Sommerloch

Als einen Schlag ins Gesicht aller interessierten und betroffenen BürgerInnen und der Gemeinden bezeichnet der Mouvement écologique in einer Pressemitteilung die Auslage des Flächennutzungsplanes (POS) "Findel" während des Ferienmonats August. Ob damit die Zahl der Einsprüche möglichst gering gehalten werden solle, fragt die Umweltorganisation. Der Flächennutzungsplan ist eine wichtige Etappe auf dem Weg zum Ausbau des Flughafens. Ende März hatte Umweltstaatssekretär Berger die Erteilung einer Genehmigung für den Ausbau aufgeschoben, weil sie ohne gültigen POS juristisch kaum haltbar wäre. Der Mouvement écologique befürchtet, dass beim POS, wie bereits beim Genehmigungsverfahren für den Ausbau, überholte Berechnungsmodelle im Bereich Lärmschutz angewendet wurden. Dabei gehe es beispielsweise darum, in welchen Zonen Doppelglasfenster bezuschusst würden und in welchen nicht. Der Mouvement écologique will im August seine Einsprüche nur in knapper Form einreichen, dafür aber im Herbst gemeinsam mit den betroffenen Gemeinden und auf einer fachlich soliden Basis in die Gegenoffensive gehen.

### Kleine Brötchen statt großer Wachstumssprünge

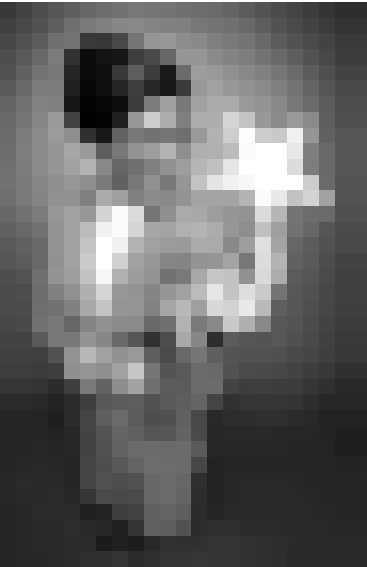
Die Konjunkturflaute, die zuerst den Bankensektor erfasste, hat nun auch andere Zweige der luxemburgischen Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen: Mittlerweile darben unter anderem auch die Transportwirtschaft und die Gastronomie. Das verkündete der Statec diese Woche in seinem aktuellen Konjunkturbericht. Bedrohlich ist auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt, folgt man den Ausführungen der Statistiker aus dem Wirtschaftsministerium. Um Saisoneinflüsse bereinigt sei die Arbeitslosenrate von 3,4 Prozent im Januar auf 3,8 Prozent im Mai gestiegen. Die luxemburgischen Wirtschaftsauguren rechnen sogar mit einem Anstieg auf sechs Prozent. Eine Trendwende wird erst im Jahr 2005 erwartet, heißt es in dem Bericht des Statec.

Die hiesige Volkswirtschaft wird auf Wachstumskurs bleiben, wenn auch nur bei 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Längst werden also kleine Brötchen gebacken. Im kommenden Jahr soll es dann wieder einen Anstieg von rund drei Prozent geben.

### PAN-GESETZ

## Diskussion vertagt

**Aus Zeitgründen wurden beim Gesetz zum Beschäftigungsplan nur auslaufende Fristen verlängert. Wirkliche Reformen soll es erst im Herbst geben. Zum Beispiel zur Frauenförderung.**



(rw) - Fünf Jahre ist es schon in Kraft, das Gesetz, das den nationalen Beschäftigungsplan umsetzt. Beim Beschäftigungsgipfel von Luxemburg 1997 hatten sich die EU-Mitgliedstaaten zwecks Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Ausarbeitung und Umsetzung solcher Pläne verpflichtet. Eine Reihe der Maßnahmen im Luxemburger Paket waren aber damals zeitlich begrenzt worden, so dass sich nun die Frage stellt, welche von ihnen weitergeführt werden sollen und welche nicht. Antworten auf diese Frage wurden allerdings recht spät gesucht - beziehungsweise von der Tripartite verschlampt. Unter Zeitdruck hat das Parlament nun nur noch hastig eine Minireform durchgezogen: Ihr Hauptziel ist es, die Weiterführung derjenigen Maßnahmen, die zeitlich befristet sind, erst einmal abzusichern.

Welche von diesen Instrumenten fortgeführt werden sollen, darüber herrscht allerdings wenig Einmütigkeit. Im Gesetzesprojekt, das am Mittwochabend im Parlament gestimmt wurde, wurde vorgeschlagen, die 1998 beschlossenen Flexibilisierungsmaßnahmen bis zum Jahr 2007 zu verlängern. Das findet - wen wundert's - die Zustimmung der Handelskammer. Lucien Lux (LSAP) dagegen kritisierte diese Weiterführung des

Bestehenden, denn gerade die Befürchtungen über die anti-sozialen Auswirkungen der Flexibilisierungsregelungen hätten sich in der Praxis bestätigt. Reformen wären also gerade in diesem Bereich besonders dringend.

### Frauen kein Thema

Wenig Begeisterung hatte die "Chambre de Commerce" hingegen über den Regierungsvorschlag geäußert, den Elternurlaub definitiv im Gesetz festzuschreiben. Zu den Frauenfördermaßnahmen in Form von erhöhten Zuschüssen an Betriebe, die arbeitslose Frauen in Beschäftigungsmaßnahmen aufnehmen, positioniert sich diese Arbeitgebervertretung gar nicht erst.

Das ist nicht erstaunlich: Die Maßnahme wurde nämlich in der Praxis noch überhaupt nicht umgesetzt. Dabei war diese zahme Alternative zur Einführung von Quoten eines der innovativeren Instrumente in Sachen Frauenbeschäftigung gewesen. Haupthürde war dabei die Frage, nach welchen Kriterien in den verschiedenen Beschäftigungsbereichen die Unterrepräsentierung des einen oder anderen Geschlechts festzustellen sei. Die vorgesehenen Subventionen, die anfangs explizit als spezifische Maßnahmen zur Erhöhung des Prozentsatzes von Frauen in Arbeitsbereichen, in denen diese unterrepräsentiert sind, gedacht waren, mussten zudem aufgrund des Gleichheitsprinzips so formuliert werden, dass jeweils das Geschlecht, das in einem Sektor

schlechter vertreten ist, finanziell verstärkt gefördert werden soll. Nachdem jahrelang an einer entsprechenden Ausführungsbestimmung gewerkelt wurde, soll sie nun endlich ins Gesetz eingeschrieben werden - aber erst im Herbst.

François Bausch (Déi Gréng) kritisierte in diesem Kontext die Fantasielosigkeit der Regierung. So liefere etwa der Europarat eine ganze Reihe von Vorschlägen an positiven Aktionen in diesem Bereich. "Was die Regierung vorschlägt, ist ziemlich dürrt gegenüber der Problematik, um die es geht: Immerhin ist Luxemburg mit Griechenland Schlusslicht im Bereich der Frauenbeschäftigung."

Serge Urbany (Déi Lénk) ging noch einen Schritt weiter, indem er prinzipielle Bedenken gegenüber dieser Regelung äußerte: Das Ziel sei vielleicht lobenswert, doch die Frage sei zu stellen, ob den Arbeitgebern auf diese Weise das Geld "hannen a vir eranzestiechen" sei, während die Arbeitslosen ständig unter finanziellem Druck stünden.

Arbeitsminister François Biltgen unterstrich die Wichtigkeit solcher Instrumente nicht nur für die Erhöhung der Frauenerwerbsquote, die in der letzten Zeit zügig angestiegen sei. Es gehe hier auch um das Gleichheitsprinzip. Auf seine Umsetzung darf nun weiter gewartet werden.

### STROMLIBERALISIERUNG IN ESCH

## Kein Che-Guevara-Strom

**Die Anwendung der Direktive zur Stromliberalisierung in den Gemeinden, die über ein eigenes Stromnetz verfügen, gestaltet sich schwierig. Nach der Stadt Luxemburg wird jetzt in Esch heftig diskutiert.**



*"Sozialismus bedeutet Herrschaft der Sowjets plus Elektrifizierung."*  
(V. I. Lenin)

(RK) - "Würde das städtische Elektrizitätswerk in eine Aktiengesellschaft verwandelt, so könnte irgendwann ein Teil des Kapitals einer Bank wie der Dexia-BIL-Che-Guevara gehören. Mit dem Che könnten wir gut leben, nicht aber mit der privaten Kontrolle." André Hoffmann, Déi Lénk-Schöffe im Escher Gemeinderat, versucht zu erklären, wo für seine Partei die Schmerzgrenze in Sachen Stromliberalisierung liegt.

Seit zwei Jahren streiten die PartnerInnen in der rosa-rot-grünen Escher Koalition über die Zukunft des Elektrizitätswerks. Auch innerhalb von Déi Lénk gab es Meinungsverschiedenheiten, wie man die Bedingungen der EU-Stromdirektive erfüllen könne, ohne die öffentliche Kontrolle über Stromnetz und Stromhandel aufzugeben. Die KP beispielsweise, bis vor ein paar Monaten Teil von Déi Lénk, trat für eine öffentlich kontrollierte Aktiengesellschaft nach dem Vorbild der Sudgaz ein. Am vergangenen Montag stellten Déi Lénk ihre Ansichten zur Liberalisierung der kommunalen Dienstleistungen im Allgemeinen und der Escher Stromversorgung im Besonderen vor.

### Gegen den Strom

André Hoffmann führte mehrere Gründe an, warum die öffentlichen Dienstleistungen eigentlich nicht der Logik des Markts unterworfen werden sollten. Der Markt sei wenig geeig-

net, eine gleichmäßige Grundversorgung für alle Bürger anzubieten. Auch erschwere das Konkurrenzdenken es, langfristige Entscheidungen im Sinne der ökologischen Nachhaltigkeit zu treffen. Dass diese Dienstleistungen von der öffentlichen Hand erbracht werden, erlaube zudem die "péréquation", die Ausgleichsfinanzierung. Mit den Erlösen aus dem Stromgeschäft könne die Gemeinde zum Beispiel Kindertagesstätten finanzieren, so der Schöffe.

Déi Lénk kritisieren, dass die derzeit von der Stadt Esch ins Auge gefasste Lösung weitergehe als das, was die Stadt Luxemburg beschlossen hat: Statt ganz in Gemeindehand zu bleiben, soll die Verwaltung des Escher Stromnetzes in eine Gesellschaft nach privatem Recht ausgelagert werden. Eigentlich gehe es doch nur darum, flexibler Strom einkaufen und an die "clients éligibles" verkaufen zu können. Die "clients éligibles" können laut Direktive ihren Stromlieferanten frei wählen, wovon vor allem Geschäftskunden Gebrauch machen dürften. Derzeit braucht es für jede Tarifsentscheidung ein Votum im Gemeinderat und eine Genehmigung vom Innenminister.

Die beste Lösung sei, so Déi Lénk, ein "Etablissement public communal" zu schaffen, das die Stromversorgung übernehmen würde. Diese Sicht werde von den drei Escher Koalitionsparteien geteilt, aber Innenminister Michel Wolter stelle sich dem

entgegen. Déi Lénk erklären sich deshalb mit der Schaffung einer "Mini-GmbH" zur Betreuung der Großkunden einverstanden. Die geplante Verpachtung des Stromnetzes an eine neue Gesellschaft lehnen sie dagegen ab.

### Ideal und Wirklichkeit

Bei aller Sympathie für die von Déi Lénk vorgelegten Ideen empfinde er doch Unmut über die Art und Weise, wie der Koalitionspartner in dieser Frage vorgeprescht sei, so der für das Stromdossier zuständige Escher Schöffe Felix Braz (Déi Gréng). "Die Liberalisierung wurde der Gemeinde aufgezwungen. Jetzt müssen wir das Beste daraus machen", erklärt Felix Braz. Man müsse realistisch sein und könne nicht auf interessante alternative Modelle warten. Im kommenden Jahr würden die ersten Escher Großkunden "éligibles".

Ob es stimme, dass Esch mehr privatisiere als die Stadt Luxemburg? "Im Herbst stellt die Gemeindeführung ihr Modell vor, bis dahin geben wir keine Details heraus", so der Schöffe. Sicher sei: Es werde keine Privatisierung geben, und das Personal bleibe bei der Gemeinde eingestellt. Die Netzverwaltung werde voraussichtlich einer Gesellschaft privaten Rechts in Gemeindebesitz anvertraut, die das Netz bei der Gemeinde pachten werde. Felix Braz versichert, es werde eine pragmatische Lösung geben, im Einvernehmen mit den Beschäftigten. "Das Ziel ist, weiterhin im Strommarkt aktiv zu sein und eine ökologische und soziale Politik fortzuführen."